



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

π.: Aus Schwaben : I. Württemberg bis zum Ausbruch des Krieges.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Schwaben.

I. Württemberg bis zum Ausbruch des Krieges.

Mit dem Jahre 1871 beginnt für Schwaben eine neue politische Epoche. Die Erfolge, welche der nationale Gedanke seit den welthistorischen Ereignissen der letzten Monate bei uns errungen hat, und die Wandlungen, welche seitdem in Haupt und Gliedern des Staats vor sich gegangen sind, übersteigen die kühnsten Erwartungen. Württemberg hat damit wieder in diejenige Bahn eingelenkt, auf welche die Geschichte dreier Jahrhunderte seine Politik verwiesen hat, und von welcher nur die Verblendung der Parteileidenschaft Regierung und Volk auf einige Jahre abbringen konnte.

Noch vor wenigen Monaten stand die Staatsregierung thatsächlich unter dem Einfluß einer Kammermajorität, welche, geleitet von dem aus dem Zollparlament bekannten „Appellschwaben“ Probst und dem Föderativrepublikaner Carl Mayer, von Württemberg aus die Geschicke Europas bestimmen zu können glaubte. Die Unfehlbarkeit des Papstes und die Unfehlbarkeit der Demokratie sollte in den „vereinigten Staaten von Europa“ ihre Verwirklichung finden, und da man in dem preussischen Staat das größte Hinderniß für die Erreichung dieses Ziels erkannte, war das „Caeterum censeo, Borussiam esse delendam“ des Pariser Literaten Ludwig Pfau der Wahlspruch des demokratischen „Beobachters“, wie des ultramontanen „Deutschen Volksblatts“. In Württemberg sollte zuerst mit dem Unternehmen begonnen werden durch Sprengung der Fesseln, mit welchen in den Bündnißverträgen der „Militarismus“ das freie Schwaben an den Nordbund gekettet hatte. War erst einmal unser Land dieser Banden ledig, so hoffte man „unter Ablösung der Monarchie als einer Feudallast“ im Verein mit den bayerischen Patrioten, deren Führer schon längst erklärt hatten, daß die Wittelsbacher und die Monarchie überhaupt keinen wesentlichen Theil ihres Programms bilden, die süddeutsche Republik zu gründen. Für die Vernichtung des nordischen „Cäsarenstaats“ rechnete man dagegen auf die Allianz des Welfenthums, welches durch J. Frese und die demokratische Correspondenz, an deren Stelle später die „Wiener Tagespresse“ trat, im engsten Zusammenhang mit unseren Demokraten und Ultramontanen blieb.

Um dieses gemeinsamen Zieles willen hatten sich die schwäbischen Anhänger Jacoby's, Bebel's und Liebknecht's gänzlich an die Ultramontanen verkauft. Das benachbarte, im preussischen Helotenthum befangene Baden

hatte die Civilehe und confessionstlose Communal Schulen eingeführt, es hatte die Verwaltung der Stiftungen aus den Händen der Kirche befreit. Aehnliche Reformen waren auch in Württemberg längst geboten, allein die Demokratie hatte sich ihren ultramontanen Allirten gegenüber verpflichtet, diese Fragen nicht zu berühren, um den Frieden in der herrschenden großdeutschen Partei nicht zu stören. Den Vortheil des Bündnisses zogen allein die Katholiken. So kam es denn allmählig dahin, daß in Württemberg, welches seit Jahrhunderten eine Burg des Protestantismus und der freien Forschung im Süden gewesen, und seiner Zeit wesentlich der Unterstützung Preußens, gegenüber dem übermächtigen Oestreich, die Erhaltung seiner staatlichen Selbständigkeit und seiner so viel gerühmten alten Verfassung zu verdanken hatte, plötzlich die ultramontane Partei in allen Zweigen des Staatslebens die Herrschaft erlangte. Ihr gehörten die Präsidenten der beiden ständischen Körperschaften an (der Präsident der Kammer der Standesherrn war der Graf Nechberg, der Bruder des östreichischen Staatsmanns von 1866, und bisher einer der Hauptvermittler der östreichisch-katholischen Politik in Schwaben; als Präsident der Abgeordneten kammer aber fungirte der vorgenannte Probst, der eben erst in der bekannten Denunciations sache gegen den verstorbenen Bischof von Rottenburg eine so zweifelhafte Rolle gespielt hatte, die Seele aller ultramontanen Umtriebe im Lande). Sie dominirte in dem zur ständigen Controlle der Regierung verfassungsmäßig bestellten engern ständischen Ausschuss, sie hatte sogar die Majorität in der Kirchen- und Schulcommission der Abgeordneten kammer, deren Vorstand bezeichnend genug der Domcapitular von Dannecker war, der päpstliche Hausprälat, welcher in den 50er Jahren das berücksichtigte Concordat in Rom vermittelt hatte.

Nur in der Negation gegen den nationalen Staat einig, konnten die verschiedenen Elemente, welche die Majorität der Abgeordneten kammer bildeten, blos durch die Vermeidung jeder positiven Thätigkeit auf dem Gebiete der Gesetzgebung den innern Zwiespalt unterdrücken. Es war damit von selbst eine Politik des status quo auch in allen inneren Fragen gegeben, welche sich zunächst in einer Verschleppung der Gesetzesvorlagen, zu deren Erledigung ein positives Programm nothwendig war, thatsächlich aber in einer völligen Stagnation der gesammten Staatsthätigkeit äußerte. Um diese innere Lebensunfähigkeit nach Außen zu verdecken, hatte man sich gegenseitig das Wort gegeben, die Württembergischen Zustände unübertrefflich zu finden und solche namentlich auch in den auswärtigen Frankfurter und Wiener Journalen verherrlichen zu lassen. Und doch ließ sich ohne Uebertreibung behaupten, daß Württemberg im Lauf der Jahre auf allen Gebieten des Staatslebens weit zurück geblieben war. Von dem wahrhaft chaotischen Zustand der Steuer gesetzgebung abgesehen, regelt ein veraltetes Preßgesetz vom Jahr 1807 die

„Freiheit“ der Presse: ein System bureaukratischer Bevormundung, von welchem man sich im Norden keine Vorstellung macht, überwachte in Schwaben den Staatsbürger von der Geburt bis zum Grabe; man hatte sich hier so sehr in die Anschauung eingelebt, daß in allen wichtigen Situationen des Lebens die Staatsgewalt für den Einzelnen denkt, daß man für die größten Freiheitsbeschränkungen im Gebiet des Verkehrslebens und des Privatrechts völlig unempfindlich geworden war. — Man raisonnirte mit großem Behagen über den Herrn von Mühler und die preussischen Conflictte zwischen der Staatsgewalt und den Gerichten, und es waren gerade die letzteren bisher der dankbarste Stoff für die Agitation der Großdeutschen Demokratie. Und doch konnten bei näherem Einblick diese Conflictte nur dazu dienen, uns Schwaben tief zu beschämen. Die Württembergischen Cultusminister kommen allerdings nicht in die Lage, den Wahlen der Vorstände der höheren Lehranstalten die Bestätigung zu versagen, aber nur deshalb, weil — mit einziger Ausnahme der Universität — der Staat sich schon zu Rheinbundszeiten das ausschließliche Ernennungsrecht zu diesen Stellen vindicirt hatte, der Minister also vollkommen freie Hand hat, seine politischen und religiösen Tendenzen hiebei zur Geltung zu bringen. In Schwaben gilt ferner in Ehesachen nicht das freisinnige preussische Landrecht, sondern unsere kirchlichen Ehegerichte entscheiden noch heute auf Grund einer altlutherischen, mit dem modernen Zeitbewußtsein ganz unvereinbaren Ehegerichtsordnung von 1553 resp. 1687.

Was dagegen die Justiz anbelangt, so war man seit Jahren darauf bedacht, ihr alle Entscheidungen abzunehmen, welche sie irgendwie mit der Administration in Conflict bringen konnten. So ist der Anspruch des Beamten auf seinen Gehalt für Administrativsache erklärt, eine Entscheidung der Gerichte über ständische Stellvertretungskosten also geradezu unmöglich. Ebenso wenig ist ein Conflict, wie der zur Zeit in Celle schwebende denkbar, denn wenn in Schwaben die Kriegsverwaltung als solche in die Rechtsverhältnisse eines Privaten eingreift, sei es nun, daß der Eingriff gegen Eigenthum und Besitz oder gegen die Person gerichtet wurde, so entscheidet — da die Militärhoheit der Justizhoheit nicht untergeordnet ist — über die Einsprache des Privaten nur die Administrativbehörde, d. h. die Kriegsverwaltung selbst. In Württemberg kann ferner der Staat jeden Augenblick durch Erbauung einer Eisenbahn das werthvollste Grundstück in einen Sumpf verwandeln oder sonstwie völlig entwerthen u. Der Private kann sich hiergegen nicht an die Gerichte wenden, denn der Staat baut die Eisenbahn im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt; die Verfassungs-Bestimmungen über Expropriation aber finden nach einer allerdings wunderlichen, jedoch feststehenden Interpretation nur auf Flächenenteignungen aber nicht auf Entwerthungen in Folge von Eingriffen der Staatsgewalt in das fremde Eigenthum Anwendung.

Trotz dieser nahezu völligen Rechtlosigkeit des Einzelnen gegenüber dem Staat sah man bisher mit Stolz auf die preussischen Conflictc herab. Was man in dieser Beziehung dem Volke noch bis in die neueste Zeit bieten konnte, bewies am besten die Hilfsrichterfrage in der Abgeordnetenkammer. Auf das Drängen der liberalen Parteien hatte man eben die Hilfsrichter bei dem Obertribunal in Berlin abgeschafft, als dieselbe Frage (im Frühjahr 1868) in Stuttgart zur Sprache kam. Und das Unglaubliche geschah, d. h. man beschloß, es solle künftighin bei dem Obertribunal und den Gerichtshöfen die Mehrheit des Collegiums nicht aus Hilfsrichtern bestehen; mit anderen Worten, der Präsident, welcher selbst eine Stimme führt und regelmäßig eine persona grata ist, wurde ausdrücklich für berechtigt erklärt, je nach der Besetzung der Richterbank mit 5 oder 7 Richtern incl. des Präsidenten unter dieser Zahl 2 oder 3 Hilfsrichter beizuziehen, deren Stellung in Württemberg so precär ist, als sie bisher in Preußen war. Damit war das Hilfsrichterinstitut nun gesetzlich sanctionirt und zwar in seiner verwerflichsten Ausdehnung. Die Demokratie aber bejubelte diesen Artikel, welcher seine Entstehung ihrem Liebling, dem Herrn von Neurath verdankte, als einen neuen Fortschritt der Württembergischen Freiheit!

So dringend nothwendig hiernach an sich eine Fortbildung unseres Rechtszustandes im Sinn der Freiheit und Selbstregierung gewesen wäre, so geschah doch aus den angeführten Gründen, auch wo die Regierung voranging, von Seiten der Stände nichts; um so eifriger ritt man dagegen das Roß der hohen Politik, bis man sich einen tüchtigen Wolf geritten hatte. Den denkbar größten Gegensatz hierzu bildete die Productivität des Norddeutschen Reichstags; auch war für die Dauer kaum möglich, sich dem Einfluß dieser Gesetzgebung gänzlich zu entziehen. Um so sonderbarer war dafür die Haltung, welche die Kammermajorität ihr gegenüber beobachtete. So wurden in dem Gesetz über das metrische Maß und Gewicht auf den Antrag von Ammermüller, zollparlamentlichen Andenkens, die deutschen Maßbezeichnungen durch französische ersetzt, und der mètre des Archives in Paris für das Normalmaß erklärt, während in dem Gesetz über die Genossenschaften auf den Antrag des Zollparlaments-Abgeordneten Desterlen, wenn auch nicht der Inhalt, so doch die Reihenfolge der Paragraphen und ähnliche Kleinigkeiten abgeändert wurden, um den Schein eines eigenen Gesetzes zu bewahren und den Schwaben die Benutzung der norddeutschen Literatur möglichst zu erschweren. Offenbar war diesem, an der Grenze der Lächerlichkeit angelangten Particularismus stets der größte Stein des Anstoßes, daß es überhaupt eine deutsche Wissenschaft gab, daß man nicht die Mathematik und Physik, Staats- und Rechtswissenschaft auf exclusive schwäbische Grundlagen stützen konnte.

Nicht besser als in der Ständeversammlung, sah es bisher in der Staats-

verwaltung aus. Das Ministerium war der lebendige Spiegel des Zwiespalts, der das ganze Land entzweite, und in fortwährenden Parteikämpfen die Staatsmaschine aufzureiben drohte. Da war der national-gesinnte Kriegsminister neben einem fanatisch großdeutschen Cultusminister, dazwischen die Männer des periodischen Farbenwechsels von Barnbüler und Mittnacht, und die völlig farblosen Ressortminister des Innern und der Finanzen. So fehlte es dem Gesamtministerium an jeder Einheit des politischen Strebens; ein Mitglied intriguirte hinter den Coullissen gegen das andere, nur im krampfhaften Festhalten am Portefeuille, und in der Erkenntniß war die Mehrheit einig, daß kein Theil die genügenden Mittel hatte, um den Andern über Bord zu werfen. So schwamm das Ministerium wie ein Schiff ohne Steuer auf den Wogen der Parteikämpfe; man lebte von der Hand in den Mund, und Niemand wußte, was der kommende Tag bringen werde. Das ganze Geheimniß der hiernach von selbst gegebenen Politik des status quo bestand schließlich darin, durch die zahlreichen offenen und versteckten Bestimmungsmittel, über welche der verhältnißmäßig große Apparat unserer Bureaucratie gebietet, auf einzelne Ständemitglieder einzuwirken. Dazu leistete gerade die heterogene Zusammensetzung des Ministeriums den besten Dienst. Seit Jahren sind nämlich, wie einst die römischen Senatoren zu Gunsten der Provincialen, unsere Landboten der Regierung gegenüber zu Agenten für alle möglichen Privatinteressen der Angehörigen ihrer Wahlbezirke geworden. Bald handelt es sich um eine neue Poststation, eine Aenderung des Eisenbahnfahrplans, einen Localzug u. für eine einzelne Gemeinde; bald um einen Lieferungssaccord eines einflußreichen Provincialen mit dem Militär- oder Eisenbahn-Fiscus; von den zahlreichen untergeordneten Stellen, welche namentlich das Verkehrsministerium ohne jede Controle der Oeffentlichkeit zu vergeben hat, ganz abgesehen. Ueberall soll der Abgeordnete eintreten, und seine Popularität im Bezirk hängt wesentlich davon ab, daß er für die Angehörigen desselben möglichst viel bei der Regierung herauszuschlagen weiß. So drängten sich bisher nicht nur die eigentlichen Regierungsmänner, sondern auch die Republikaner des „Beobachters“ — täglich in die Vorzimmer der Minister; denn viele, namentlich der in der Residenz domicilirten Abgeordneten, betrachteten seit langer Zeit die Sitze im Ständesaal als eine in der Familie ererbte Revenue, und im Grunde des Herzens galt ihnen diejenige Regierung für die beste, welche die Stände möglichst lange des Jahres in Stuttgart versammelte. Das Ministerium kannte die Vortheile dieser Situation genau. Was war natürlicher, als daß man dem Bezirke oder seinem Vertreter unter der Hand zu erkennen gab, daß wenn der Abgeordnete in seiner „bockbeinigen“ Haltung verharre, der Bezirk keine Berücksichtigung von der Regierung erwarten könne? Man wollte keine Verläugnung politischer Grundsätze; es genügte an der plötzlichen

Erkrankung oder sonstigen Abwesenheit bei irgend einer wichtigen Abstimmung!

In diesen Verhältnissen, bei welchen der Eisenbahnbau durch den Staat die wichtigste Rolle spielte, liegt der Schlüssel zur Erklärung einer Reihe von Siegen des Ministeriums, welche, wenn auch nur mit einigen Stimmen errungen, doch immer genügten, die Fortexistenz desselben bis zur nächsten Krise zu sichern. Ähnliches war zwar auch schon in früheren Jahren vorgekommen, allein seitdem die Monarchie mit dem Jahre 1866 den bisherigen Rückhalt im deutschen Bund verloren hatte, und sich des Genusses der unbeschränkten Souveränität erfreute, hatte der Staat seinen Schwerpunkt gänzlich verloren. Ihn wieder zu gewinnen wäre nur durch den Anschluß an den Nordbund, oder aber, sofern die Verhältnisse Europas dies gestatteten, durch die Gründung eines auf sich selbst beruhenden demokratischen Gemeinwesens im Süden möglich gewesen; da man keins von Beiden wollte, so handelte es sich nur um die Fristung der Existenz um jeden Preis.

Natürlich mußten sich die Wirkungen dieses Regierungssystems, wenn man von einem solchen überhaupt noch reden kann, auch in der Verwaltung der Departements äußern. Wir können hier nicht ins Einzelne eingehen, wir bemerken nur, daß je weniger Selbstvertrauen und politische Gesinnung das Ministerium den Ständen gegenüber an den Tag legte, um so größer das Bedürfniß war, unbedingt über den Beamtenstand, einschließlic der Richter zu verfügen. Die Staatsmaschine als solche sollte gleichsam den mangelnden Geist der Leitung ersetzen. Daher die Zumuthung an die Beamten, bei jeder Schwenkung, welche das Ministerium unter den Einflüssen von Außen von einem politischen Extrem zum andern machte, auch ihrerseits mit der Gesinnung zu wechseln; und wie schwer war es für diese, zu wissen, was überhaupt der jeweilige Standpunkt des Ministeriums war! Thatsache ist, daß mit Hilfe des um sich greifenden Denunciantenwesens im Beamtenstand die freie Meinungsäußerung, an welche man unter der Regierung des verstorbenen Königs seit langen Jahren gewöhnt war, immer mehr unterdrückt, und dagegen die Lakaiengesinnung mit besonderer Vorliebe gepflegt wurde. Demoralisirend mußte insbesondere das die ganze Staatsverwaltung beherrschende Haschen nach Popularität wirken, die Tendenz, bei jeder Gelegenheit in öffentlicher Stimmung Geschäfte zu machen. Dieses Streben, das namentlich auch in der Justiz mit der Ausdehnung des Schöffeninstituts auf die höheren Gerichte eine häßliche Form annahm, gewöhnte allmählig die unteren Functionäre der Verwaltung, statt der strikten Verwirklichung der Gesetze in erster Linie gewisse allgemein in die Augen fallende, zur Verwerthung in der Presse und in der Ständekammer brauchbare Resultate zu erzielen. — Dennoch konnte, trotz aller Transactionen und selbst Demüthigungen, welche man um des

Lieben Friedens willen sich von Seiten der Ständeversammlung gefallen ließ, die Politik des status quo nach Innen und Außen nur von kurzer Dauer sein.

Die Majorität der Ultramontanen und Demokraten war sich ihrer Ziele zu klar bewußt, als daß sie, wollten sie nicht alle Resultate einer mühevollen Agitation preisgeben, sich auf die Dauer bei einem Stillstand beruhigen konnten, von welchen sie den, wenn auch langsamen, so doch sicheren Sieg des „Preußenthums“ vorhersehen. Immer mehr wurde das Ministerium vor die Alternative gestellt, entweder sich der sogen. großdeutschen Politik in die Arme zu werfen und mit Preußen positiv zu brechen, oder aber sich offen der nationalen Sache anzuschließen. Im letzteren Fall glaubte man im großdeutschen Lager einer Revolution von unten sicher zu sein; für beide Fälle aber rechnete jene Parteicoalition in Württemberg und Bayern auf eine Unterstützung Oesterreichs und Frankreichs in dem als sicher voraus zu sehenden europäischen Conflict. Wenn etwa trotz der zu Tage liegenden Beziehungen, welche die Parteiführer so wie die hervorragendsten Organe der süddeutschen demokratischen und ultramontanen Presse in Wien und Paris angeknüpft hatten, in diesen Beziehungen noch Zweifel bestehen konnten, so wurden dieselben durch die Entdeckungen von St. Cloud vollends gehoben. Weitere Aufklärungen hat soeben der französische Gesandte Graf v. St. Vallier im Brüsseler Nord angekündigt.

Die schwache Seite, welche der in dem Festhalten an den Verträgen präcisierte formale Standpunkt der Regierung dem Angriff darbot, hatte die Demokratie in der Militärfrage richtig erkannt. Zwar waren die Allianzverträge durch die Energie, mit welcher die Minister von Bismarck und Mittnacht für dieselben im October 1867 unter Anwendung der bekannten Mittel eingetreten waren, in der Ständekammer durchgesetzt worden; sie hatten jedoch zu ihrer Voraussetzung die ehrliche Erfüllung der Militärpflichten, und es war deshalb schon damals die sofortige Erlassung eines mit dem norddeutschen im Wesentlichen übereinstimmenden Kriegsdienstgesetzes in Aussicht genommen worden. Allein noch ehe dieses Gesetz auf Grund der Commissionsberathungen zur Verabschiedung kam, war inzwischen der Kaiser Franz Joseph auf der Rückreise von Paris (5. November) mit Beust in Stuttgart gewesen, Bismarck hatte im Einverständnis mit Mittnacht am 11. December Allen unerwartet seine famose Rede gegen den Nordbund gehalten; und als nun das Militärgesetz zur Berathung kam, war plötzlich das Interesse dieser beiden Herren, welche noch am meisten Einfluß auf die Kammer besaßen, für das Gesetz gänzlich erkaltet. In Folge hiervon war dasselbe in einer Weise amendirt worden, daß es künftighin ganz von der Majorität der Ständekammer abhing, ob Württemberg die in dem Allianzvertrag übernommenen Verbindlichkeiten erfüllen konnte, indem nunmehr in jedem Etatsgesetz nicht

nur die Stärke des stehenden Heeres bestimmt werden sollte, sondern auch die auf zwei Jahre herabgesetzte Präsenz durch Beschränkung der Mittel auf ein solches Minimum heruntergebracht werden konnte, daß die Heeresfolge thatsächlich illusorisch wurde.

Von dieser Seite aus wurde nun, nachdem im Juli 1868 die neue Kammer zum ersten Male auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählt worden war (wobei die Regierung die verbissensten Gegner der Verträge, wie Deffner, Ammermüller, Schott, Fricker im Staatsanzeiger selbst zur Wahl empfohlen hatte) im Januar v. J. der allgemeine Angriff gegen die Regierungsposition beschlossen. Es erfolgte, unter dem lauten Beifall der bonapartistischen Presse, der bekannte Adressensturm; 150,000 Wähler forderten Abschaffung des Militarismus und Einführung des Milizsystems. Das Ministerium Varnbüler-Mittnacht trat mit keinem Wort einer Agitation entgegen, welche sogar unter dem Schein der Billigung von Seiten der Regierung betrieben wurde. Es bedurfte nur weniger Zahlen, um ihr den Nerv abzuschneiden; nämlich des leichten Nachweises, daß das angekündigte Deficit nicht sowohl eine Folge des gesteigerten Militäraufwands als des kopflosen Eisenbahnbaus gewesen, welcher gänzlich ertraglose Bahnen hergestellt hatte, deren Baucapital der Staat mit 5% verzinsen mußte; aber man wollte diese Aufklärung nicht geben.

Im März v. J. erfolgte der Zusammentritt der Stände; 45 Abgeordnete der großdeutschen Richtung, thatsächlich schon die Majorität, brachten den Antrag auf wesentliche Verminderung des Militäraufwandes ein; schon hofften die Herren Probst, Desterlen und Mayer in den nächsten Tagen ein ultramontan-demokratisches Ministerium der Krone aufnöthigen zu können, und Preußen die Verträge zu kündigen: da erkannte der König plötzlich den Abgrund, an den das Land durch die bisherige Politik des Ministeriums gestellt worden war. Die Entschliebung, ob die Monarchie sich an die Spitze der Revolution stellen, oder ihren Rückhalt in Preußen suchen wollte, ließ sich jetzt nicht länger mehr aufschieben, man entschloß sich bekanntlich, allen Außenstehenden unerwartet, zu „dem Schlag ins Gesicht des treuen Volkes“, wie der „Beobachter“ sich ausdrückte. Die Seele der großdeutschen Schwindelpolitik, der Liebling der Demokratie, Goltzher, mußte aus dem Ministerium scheiden, und an seine Stelle trat in der Folge der Universitätskanzler von Gessler, ein Mann der kalten Berechnung, zwar großdeutsch nach seinen Antecedenzien, aber ein Mann, von dem eine nüchterne Berücksichtigung der thatsächlichen Verhältnisse zu erwarten war, dem man namentlich zutraute, daß er den in der letzten Zeit maßlos gesteigerten Etat des Cultministeriums auf das richtige Maß zurückführen werde. Minister des Innern wurde Staatsrath von Scheurlen, bekannt durch schwäbische Verbheiß, ein cynischer Verächter aller

Volkspolitik, im Uebrigen ohne politischen Standpunkt, ein Mann der Situation und der bureaukratischen Carriere. Durch einige Männer dagegen, welche neben Goltzer die hauptsächlichlichen Träger der bisherigen Politik und vermöge ihrer parlamentarischen Stellung am meisten für dieselbe verantwortlich zu machen waren, v. Varnbüler und Mittnacht, blieben merkwürdigerweise nach wie vor die Leiter der Württembergischen Geschichte. Demokraten und Ultramontane knirschten natürlich vor Wuth. Der ganze Erfolg einer monatelangen, alle Parteikräfte absorbirenden Agitation schien zunächst vereitelt, da man gegenüber der Energie, welche der neue Minister des Innern befürchten ließ, auf eine active Bethätigung des Volkswillens zu Gunsten der bisherigen Führer nicht rechnen konnte. Die ganze Hoffnung der schwäbischen Volkspartei beruhte jetzt auf der Berathung des Etats, welche verfassungsmäßig die Wiedereinberufung der nach der Neubildung des Ministeriums sofort vertagten Stände binnen weniger Monate nothwendig machte.

Zunächst trat nach den Kämpfen der letzten Wochen eine gewisse Abspannung, und folgeweise Waffenruhe unter den streitenden Parteien ein. Das neue Ministerium hatte sich zu constituiren, namentlich über seine künftige Haltung gegenüber der Kammer sich zu verständigen. Hierzu bot die Revision des Etats den nächsten Anlaß. Es galt zunächst, das Deficit um jeden Preis, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch zu vermindern. Man hatte von Seiten der Minister — wir erinnern nur an die Rede v. Varnbülers vom 11. December 1867, an die Wahlrede Mittnachts in Mergentheim vom Juli 1868 — das Volk so vielfach mit den preussischen Steuerverhältnissen geängstigt, man hatte sogar erst neuerdings (1868) in dem von einer Regierungscommission ausgearbeiteten „Vesebuch für die evangelischen Volksschulen“ in höchst gehässiger Weise die Württembergischen Steuern den Preussischen unter sichtlich ungenauen Zahlenangaben entgegengestellt, um die heranwachsende Jugend mit Preußenhaß zu erfüllen, und fühlte sich nun doppelt beschämt durch die schwäbische Finanzlage. Den wahren Grund derselben, die kopflose Eisenbahnpolitik, wollte man auch jetzt nicht eingestehen; da ein Umkehren nicht mehr möglich war, und man gerade mit ihrer Hilfe einige der 45 Abgeordneten auf die Regierungsseite zu ziehen hoffte. Es gelang denn auch durch Anwendung der raffiniertesten Sparsamkeit, durch welche namentlich die Kriegsbereitschaft des Heeres ernstlich bedroht wurde, sowie durch verschiedene Rechnungsoperationen das Deficit um ein Erhebliches zu mindern.

War aber hiervon ein ernstlicher Erfolg gegenüber der zur Zeit der Blüthe des Preußenhasses gewählten Ständerversammlung zu erwarten? Vor einem Staatsstreich schreckten die Herrn v. Varnbüler, Mittnacht und Geßler entschieden zurück, wenn auch Herr v. Scheurlen sich weniger Gewissensscrupel aus einem solchen gemacht hätte. Dazu fehlte vor Allem der nöthige Rückhalt

von Oben, mehr aber noch fehlte den Mitgliedern des früheren Ministeriums in Folge ihrer vielfachen politischen Schwankungen, ihres bisherigen Haschens nach Popularität und ihres Liebäugelns mit der Demokratie jene Ueberzeugungstreue, welche allein große Entschlüsse reißt. Aus demselben Grund war aber auch von einer Auflösung der Stände nichts zu erwarten, da zur Zeit der „Militarismus“ und die „Steuerschraube“ ein zu dankbares Hezmittel der österreichisch-französischen Partei im Lande war, von welchem man eben zuvor noch selbst Gebrauch gemacht hatte.

Man setzte daher die einzige und letzte Hoffnung auf das althergebrachte Mittel der persönlichen Einwirkung auf einzelne schwächere Mitglieder der Majorität, wobei man sich im äußersten Fall vorbehielt, durch die Aufnahme eines Angehörigen des der Mehrzahl nach aus Portefeuilleaspiranten bestehenden großdeutschen Klubs in das Ministerium die Gegner zu sprengen, und den drohenden Sturm zu beschwichtigen.

Während hiernach die Regierung mit Sorge und Beklemmung dem Zusammentritt der Stände entgegensah, zumal die Fortschritte der Patrioten in Bayern ihre Wirten in Schwaben mit neuer Siegeszuversicht erfüllten, arbeitete inzwischen in Stuttgart der Berichterstatter der aus lauter Gegnern der Regierung zusammengesetzten Finanzcommission, Fricker, eine bisher dunkle Größe, nur bekannt als der „große Staatsrechtslehrer“ des Beobachters, an einem endlosen Bericht über die Militärfrage, nach dem Muster des bayerischen Abgeordneten Kolb.

So lagen die Verhältnisse im Juli v. J.: Regierung und Stände waren entzweit, die Bevölkerung durch alle Classen aufs Tiefste unterwühlt, eine Katastrophe schien nach der einen oder anderen Richtung kaum zu vermeiden, als die französische Kriegserklärung plötzlich die ganze Situation veränderte. Daß man in Paris auf die geschilderten Zustände, namentlich auf die für den ersten Anblick zweifellose Herrschaft der demokratisch-ultramontanen Partei in Schwaben und Bayern bestimmt rechnete, steht fest, ebenso gewiß ist aber, daß, von den Machinationen einzelner Führer abgesehen, die große Masse der Bevölkerung trotz allen Räsonnirens über Cäsarismus und Militarismus an den nahe liegenden Zusammenhang dieser Agitation mit den französischen Interessen gar nicht gedacht hatte. Ein panischer Schrecken erfüllte zunächst das ganze Land; man erinnerte sich wieder der Raubzüge eines Turenne, Melac und Moreau, und berechnete, daß nach den Erfahrungen früherer Jahrhunderte den Franzosen nicht schwer fallen werde, in 24 Stunden das Land zu überschwemmen: man wartete nach den früheren Vorgängen nicht einmal auf die formelle Kriegserklärung, sondern vergrub schon vorher die Werthsachen, oder schickte sie in die Schweiz. Der „Beobachter“ empfahl zwar „nur kalt zu bleiben“, und befürwortete, mit den bayrischen Patrioten, Neu-

tralität um jeden Preis. Das Volk ließ sich aber dieses Mal von seinen bisherigen Führern nicht bethören. Man hatte selbst da, wo es an aller Begeisterung für die Sache der Nation fehlte, die Ueberzeugung, daß die Neutralität nach der geographischen Lage von Süddeutschland unmöglich sei, daß Frankreich sich nicht auf die schmale Angriffsfront am Rhein beschränken, sondern in Wiederholung des berühmten Flankenmarsches von 1806 den Durchbruch durch das wehrlose Süddeutschland versuchen werde. In der peinlichsten Situation war das Ministerium. Der König war eben bei Beginn der Krise in das Engadin abgereist, es fehlte daher scheinbar zuerst an der Vollmacht zu einer so wichtigen Entschliebung. Vor Allem fürchtete man aber, es könnten in dem Augenblick, wo man sich für den „casus foederis“ erklärt haben würde, die Franzosen Stuttgart besetzen. Es handelte sich also für die Regierung um den Entschluß, mit dem König das Land zu verlassen und sich in das „preußische“ Hauptquartier zu begeben. Das war für den bisherigen schwäbischen Particularismus keine Kleinigkeit. Von Seiten der Norddeutschen Gesandtschaft suchte man zwar dieses Bedenken dadurch zu beseitigen, daß man dem Ministerium genaue Nachrichten über den Stand der französischen Rüstungen gab, allein dennoch ist eine unbestreitbare Thatsache, daß die Württembergische Regierung bis zu dem hochherzigen Entschlusse des Königs von Bayern zögerte, gegenüber von Frankreich die Brücke hinter sich abzubauen, daß sie insbesondere noch bis zuletzt die Verantwortung für die Entscheidung möglichst von sich ab- und auf die Ständeversammlung, deren Charakter wir oben geschildert haben, überzuwälzen suchte. In diesem Sinne setzte Herr von Varnhüler die Verhandlungen mit dem französischen Gesandten noch lange fort und der Graf von St. Vallier hatte wohl allen Grund, in seinem vorhin angeführten Schreiben zu erklären, daß ihm noch möglich gewesen wäre, „die beiden deutschen Königreiche des Südens zu desinteressiren“. Man glaubte dießsetts, bei dem doppelten Spiel, für alle Eventualitäten gedeckt zu sein. Als man sich endlich nach dem Vorgang Bayerns für die Kriegserklärung entschied, setzte man dem Vertreter des Norddeutschen Bundes gegenüber auseinander, wie man mit diplomatischer List den Abbruch mit Frankreich zu verzögern gewußt habe, um Zeit für die nothwendige Ergänzung der Rüstungen zu gewinnen, und rühmte sich später, durch dieses Hinhalten wesentlich zu dem Beginn des Krieges beigetragen zu haben. Wir brauchen kaum zu bemerken, wie man im Fall einer Ueberraschung durch Frankreich den preußischen Gesandten in ähnlicher Weise als den Gefoppten hätte darstellen können.

Die Regierung mochte wohl fühlen, welche zweifelhafte Stellung Württemberg in dem Augenblick der Crisis eingenommen hatte, und daß der Ruhm des raschen, wie festen Entschlusses, und damit der Dank, dem Bayernkönig

allein zufallen werde. Das Ministerium bemühte sich deshalb, nachdem endlich der Entschluß gefaßt war, durch die rastlose Energie, welche namentlich der Minister des Innern bei der Mobilmachung an den Tag legte, sich in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu rehabilitiren; ja man bemühte sich stichtlich, Bayern von nun an bei jeder Gelegenheit in Darlegung nationaler Gesinnung zu überbieten, so durch die für Jedermann überraschende officiële Anerkennung der schwarz-weiß-rothen Farben bei der Beslagung der öffentlichen Gebäude.*)

π.

Die Deutschen Farben.

Außer andern Angriffen, welche gegen das neue Banner des Deutschen Reiches gerichtet werden, ist auf viele Gemüther derjenige nicht ohne Eindruck geblieben, welcher dahin geht, daß die Zusammenstellung dreier Farben eines „conservativen“, nur auf sich selbst ruhenden Staatswesens nicht würdig sei. Die Tricolore sei „modern“ und zwar „französischen“ Ursprungs.**)

Was das Moderne anbetrifft, so ist ja doch nun festgestellt, daß die dre Farben blau-weiß-roth, ehe sie zur heraldischen Bezeichnung Frankreichs dienten, die Farben der Stadt Paris waren, und eben um des letzteren Umstandes willen von den revolutionären Franzosen angenommen wurden, die hierdurch unbewußt ihrem centralistischen Instinct Ausdruck gaben. Indessen auch ein Blick in die Wappenbücher des sechszehnten und siebzehnten Jahrhunderts zeigt uns überall dreifarbigte Banner. Daß auch Deutsche Corporationen nachweislich schon im Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts und vermuthlich also auch schon früher Tricoloren führten, zeigt ein Blick auf die Banner, mit welchen der Deutsche Orden 1410 in der Schlacht bei Tannenberg gegen die Polen rückte. Ohne auf andere unter diesen befindliche Tricoloren aufmerksam zu machen, erwähnen wir nur, daß als neunundvierzigste dieser preussischen Fahnen von dem polnischen Geschichtschreiber Dlugosz Hist. T. XI. p. 248 erwähnt wird, wörtlich:

„Das Banner der Stadt Allenstein enthalte drei Felder, das obere schwarz, das mittlere weiß und das untere roth.“

*) Der Rest des Artikels, bis zur Ratification der Reichs-Versaffung und der Versailler Verträge durch die Württembergischen Kammern reichend, in nächster Nummer.

***) So haben sogar Archivare und Historiker von Fach, die als competent gelten, in Zeitungsartikeln in letzter Zeit verschiedentlich behauptet.